



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

BUNDESRAT: SUBSIDIARITÄTSKLAGE GEGEN DEN RICHTLINIENVORSCHLAG DER EU-KOMMISSION FÜR EINE STANDARD-MEHRWERTSTEUERERKLÄRUNG

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 29.11.2013 Subsidiaritätsrüge gegen einen Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung der sogenannten Standard-Mehrwertsteuererklärung erhoben (Art. 12 lit. b EUV und Art. 6 des Protokolls Nr. 2). Damit folgt er der Empfehlung der Ausschüsse des Bundesrates vom 18.11.2013.

Hintergrund

Am 23.10.2013 hatte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung, d. h. eine europaweit einheitliche Mehrwertsteuererklärung eingereicht, die die nationalen Mehrwertsteuererklärungen ersetzen soll. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

ANTWORT DER EU-KOMMISSION AUF DAS GUTACHTEN DES JURISTISCHEN DIENSTES DES EU-RATES ZUR ANGEZWEIFELTEN RECHTMÄSSIGKEIT DER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Die Europäische Kommission hat eine Antwort auf das Gutachten des juristischen Dienstes des Europäischen Rates zur Rechtmäßigkeit der auf Grundlage der Gegenpartei geltenden Ansässigkeit von Finanzinstituten hinsichtlich der Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) in elf Mitgliedstaaten formuliert. Dabei kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass eine geplante FTS gem. Art. 4 Abs. 1f COM(2013) 71 (im Folgenden RL-Entwurf) konform mit internationalem Völkerrecht und dem EU-Primärrecht sei. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

EDITORIAL

Liebe Leser,

diese Ausgabe des BID Steuerpolitik ist stark durch die Entwicklungen europäischer Themen geprägt. So wendet sich der Bundesrat gegen das Vorhaben des Rates einer Standard-Mehrwertsteuererklärung. Das Vorhaben ist in der Tat groß und der Mehrwert zu diskutieren. Des Weiteren hat die Kommission auf das Gutachten des Rates zur Rechtmäßigkeit der Finanztransaktionssteuer geantwortet und erwartungsgemäß die Einwände beiseite geschoben. Außerdem ist Belgien in den Fokus der Kommission gerückt. Geprüft werden Steuerbefreiungen im Bereich Forschung und Entwicklung mit Blick auf einen Verstoß gegen die Beihilfavorschriften der EU.

National möchten wir Sie auf ein BMF-Schreiben hinweisen, in dem das Bundesfinanzministerium Stellung zur steuerrechtlichen Behandlung des Erwerbs eigener Anteile nimmt und damit die seit 2010 bestehende Regelungslücke schließt. Mit Spannung wird außerdem die Auszählung der Mitgliederbefragung der SPD zum Koalitionsvertrag erwartet. Um Mitternacht endete die Frist für den Entscheid. Sollte sich die Mehrheit für eine Große Koalition ausgesprochen haben, könnte Frau Merkel nun endlich am 17.12. zur Bundeskanzlerin gewählt werden, und der Politikbetrieb würde wieder an Schwung gewinnen.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 8

→ OUTGOING 9

vom 06.12. bis 13.12.2013

Unterrichtung durch den Bundesrechnungshof: Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Jahresrechnung 2012)

→ BFH-ENTSCHEIDUNGEN 10 – 11

vom 11.12.2013

→ BMF-SCHREIBEN 12

vom 05.12. bis 11.12.2013

→ STATUS 13 – 15

zum 13.12.2013

Entscheidung des Bundesrates für eine gerechte und zukunftsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik in Deutschland

Gesetz zur Fortführung des permanenten Lohnsteuerjahresausgleichs beim Lohnsteuerabzug für Aushilfskräfte und kurzfristige Beschäftigten

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Entscheidung des Bundesrates zum Abbau der kalten Progression

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 16

vom 14.12. bis 20.12.2013

Bundestag: vsl. Wahl der Bundeskanzlerin

Bundesrat: 918. Sitzung zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/96/EU über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

EU-KOMMISSION PRÜFT STEUERBEFREIUNGEN FÜR BESTIMMTE UNTERNEHMEN IN BELGIEN

Die Europäische Kommission hat ein eingehendes Prüfverfahren eröffnet, das ergeben soll, ob eine Beihilferegelung für innovative Unternehmen in Belgien im Einklang mit den EU-Beihilfevorschriften durchgeführt werde. Im Fokus werden dabei die Bedingungen stehen, zu denen eine Reihe von belgischen Unternehmen einen Steuerrabatt erhalten hat, heißt es in der Pressemitteilung der Kommission.

Das Prüfverfahren betrifft eine im Jahr 2006 von der Kommission genehmigte Regelung zur Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE), die „junge innovative Unternehmen“ von der Pflicht befreit, einen Teil der Lohnsteuer für wissenschaftliches Personal an den Staat abzuführen.

Belgien habe damals zugesagt, in einem nationalen Gesetz zu definieren, für welche Formen der Forschung nach den EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEu) eine Steuerbefreiung gewährt werden könne. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BMF: STEUERRECHTLICHE BEHANDLUNG DES ERWERBS EIGENER ANTEILE

BFH: RÜCKSTELLUNG FÜR PENSIONSZUSAGE; EINBEZIEHUNG VON VORDIENSTZEITEN; VERSTOSS GEGEN DAS NACHZAHLUNGSVERBOT

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 6](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution _____

Ansprechpartner _____

Funktion _____

Telefonnummer _____

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll) _____

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphäre.eu
www.polisphäre.eu